



Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Demografie
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses Arbeit, Soziales, Pflege
und Transformation
Herrn Michael Hüttner, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/1994
VORLAGE

DER MINISTER

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@mastd.rlp.de
www.mastd.rlp.de

2. Juni 2022

Mein Aktenzeichen PuK	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail Dagmar Rhein-Schwabenbauer Dagmar.Rhein@mastd.rlp.de	Telefon / Fax 06131 16-2415
---------------------------------	--------------------------	--	---------------------------------------

**9. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation am
24. Mai 2022**

hier: TOP 4

**Nominal- und Reallohnentwicklung
Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Vorlage 18/1678**

Sehr geehrter Vorsitzender Herr Hüttner,

anlässlich der Erörterung des oben genannten Tagesordnungspunktes in der 9. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation am 24. Mai 2022 habe ich zugesagt, den Mitgliedern des Ausschusses meinen Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen. Eine entsprechende Ausfertigung ist als Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Schweitzer



624

Mainz, den 16 Mai 2022

Charity Peuker

☎ 06131 16-2033

Sprechvermerk

9. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation am 24. Mai 2022

hier: TOP 4

Nominal- und Reallohnentwicklung

Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Vorlage 18/1678

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hüttner,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

am 24. März 2022 teilte das Statistische Bundesamt mit, dass der Nominallohnindex in Deutschland im Jahr 2021 um knapp 3,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen sei. Die Verbraucherpreise seien im selben Zeitraum ebenfalls um gut 3,1 Prozent gestiegen. Die Reallöhne im Jahr 2021 seien gegenüber 2020 um 0,1 Prozent gesunken, nachdem sie sich bereits im ersten Corona-Krisenjahr 2021 rückläufig entwickelt hätten. Während im Jahr 2020 insbesondere der vermehrte Einsatz von Kurzarbeit zur negativen Nominal- und Reallohnentwicklung beigetragen habe, hätte im Jahr 2021 die hohe Inflation den Nominallohnanstieg aufgezehrt.

Zu den Fragen im Einzelnen:

Frage 1:

Wie stehen sich die Lohnerhöhungen in Rheinland-Pfalz und die Inflation gegenüber?

Das Statistische Landesamt teilte in der Pressemeldung vom 21. Februar 2022 mit, dass die Reallöhne 2021 nach vorläufigen Ergebnissen der vierteljährlichen Verdiensterhebung 2021 um 0,3 Prozent niedriger seien als im Vorjahr. Dies sei der zweite Rückgang in Folge. Zwischen 2019 und 2020 seien die Reallöhne in Rheinland-Pfalz um ein Prozent gesunken.



Im Ergebnis bedeutet dies, dass in den beiden vergangenen Jahren der Zuwachs der Verdienste (beziehungsweise des Nominallohnindex) jeweils niedriger war, als der Anstieg der Verbraucherpreise.

Die Gründe für diese Entwicklung - im Jahr 2020 vermehrter Einsatz von Kurzarbeit, im Jahr 2021 relativ hohe Inflationsrate - dürften für Rheinland-Pfalz die gleichen wie im Bund sein.

Frage 2:

Um wie viel Prozent müsste der Lohn steigen, um auf ein Lohnniveau vor der Ukrainekrise zu kommen?

Hierzu kann die Landesregierung noch keine Aussage treffen. Hierfür wäre die Jahresinflationsrate 2022 heranzuziehen, da Lohnerhöhungen im Regelfall auf Jahreszeiträume abstellen.

Für das Jahr 2022 erwartet die Bundesregierung in ihrer aktuellen Prognose von Ende April 2022 eine Inflationsrate von 6,1 Prozent. Falls sich diese Inflationsrate tatsächlich manifestiert, so müssten die Verdienste nominal um mindestens den gleichen Betrag steigen, damit es im Jahr 2022 nicht zu einem Absinken des Reallohns kommt und das „Lohnniveau“ gleichbleibt.

Frage 3:

Ab wie viel Prozent Lohnsteigerung kann man von einer Inflationsspirale sprechen, die nicht mehr abzufedern ist?

Die Frage unterstellt, dass Lohnerhöhungen zu Preissteigerungen führen, die wiederum zu neuen Lohnforderungen führen, die erneute Preiserhöhungen auslösen.

Die aktuelle inflationäre Entwicklung ist aber eindeutig insbesondere auf gestiegene Energie- und Nahrungsmittelkosten - und nicht übermäßige Lohnforderungen - zurückzuführen. Allerdings kann eine Inflationsspirale, genauer gesagt eine „Lohn-Preis-Spirale“, für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.



Der unterstellte Wirkmechanismus der Spirale - Lohnerhöhungen führen zu höheren Preisen, die zu neuen Lohnforderungen führen, die erneut die Preise steigen lassen, usw., ist prinzipiell unabhängig von der Höhe der Lohnsteigerung und kann in der Theorie auch schon bei niedrigen Lohnsteigerungen ausgelöst werden.

Ein bestimmter Prozentsatz der Lohnerhöhung, ab dem eine sich selbst verstärkende Entwicklung im Sinne einer „Inflationsspirale“ ausgelöst wird, existiert nicht. Gleiches gilt für die Höhe der Inflationsrate, ab der eine Eindämmung der Inflationsentwicklung durch die Geld- und Fiskalpolitik nicht mehr möglich ist. Auch hier gibt es keinen festgelegten absoluten Schwellenwert.

Anzumerken ist, dass die Argumentation der Lohn-Preis-Spirale voraussetzt, dass die Unternehmen die durch gestiegene Löhne ausgelösten höheren Produktionskosten tatsächlich auf die Produktpreise überwälzen können. Dies hängt von den spezifischen Marktbedingungen ab. So sind beispielsweise die Überwälzungsmöglichkeiten in Märkten mit hohem internationalen Wettbewerbsdruck eingeschränkt. Gleiches gilt in Märkten mit einer hohen Preiselastizität der Nachfrage, wo bereits geringe Preiserhöhungen zu einem starken Absinken der Nachfrage führen. Auch werden Unternehmen stark steigende Löhne, zumindest teilweise, durch Produktivitätserhöhungen ausgleichen, was ebenfalls dämpfend auf eine mögliche Lohn-Preis-Spirale wirkt.

Vielen Dank!